

Laufendes Protokoll Nr.: 03	Protokoll vom: 09.03.2023 Ort: Rathaus Potsdam, Haus 1, Raum 405 Zeit: 18:00 – 20:30 Uhr																								
Anlass: 03. Sitzung des Potsdamer Beteiligungsrates 2023																									
<p>Anwesende:</p> <table border="0"> <tr> <td data-bbox="245 472 408 501"><u>Bürger/innen:</u></td> <td data-bbox="679 472 820 501"><u>Verwaltung:</u></td> <td data-bbox="1059 472 1118 501"><u>SVV:</u></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 506 443 535">Andrey Babeyko</td> <td data-bbox="679 506 847 535">Nadine Neidel</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 539 475 568">Dr. Reinhart Binder</td> <td data-bbox="679 539 842 568">Stefanie Buhr</td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 573 392 602">Daniel Frieß</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 607 595 636">Freda von Heyden-Hendricks</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 640 379 669">Antje Knorr</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 674 464 703">Günter zur Nieden</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td data-bbox="245 707 419 736">Kay Oberstädt</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Gäste:</u> . <u>Moderation:</u> Nicolas Bach (nexus Institut)</p> <p>Olga Bartieva Sophia Ermert, Frau Bojunga, Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB)</p>		<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>	Andrey Babeyko	Nadine Neidel		Dr. Reinhart Binder	Stefanie Buhr		Daniel Frieß			Freda von Heyden-Hendricks			Antje Knorr			Günter zur Nieden			Kay Oberstädt		
<u>Bürger/innen:</u>	<u>Verwaltung:</u>	<u>SVV:</u>																							
Andrey Babeyko	Nadine Neidel																								
Dr. Reinhart Binder	Stefanie Buhr																								
Daniel Frieß																									
Freda von Heyden-Hendricks																									
Antje Knorr																									
Günter zur Nieden																									
Kay Oberstädt																									
<p>Abwesende (e = entschuldigt): Dr. Sabine Albrecht (e), Uwe Fröhlich (e), Prof. Dr. Heinz Kleger (e), Dr. Antje Jordan (e), Nico Marquardt (e), Frauke Neumann (e), Anke Samuelson (e), Julius Stahlberg (e), Franziska Wilke (e)</p>																									
<p>TOP</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung, TOPS 2. Autoarme Innenstadt Potsdam – verschobener Beschluss 3. Aktuelles – Bericht aus den AGs und von anderen Aktivitäten 4. Organisatorisches 																									
<p>Anhänge</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Artikel aus der PNN zur autoarmen Innenstadt Potsdam b. Prozessmonitor 																									

1 Begrüßung; TOPs

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR) und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Er stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

2 Autoarme Innenstadt Potsdam – Verschobener Beschluss

Frauke Neumann hat vor der dritten Sitzung des Beteiligungsrats einen Zeitungsartikel aus den PNN (siehe Anhang) an alle Mitglieder geschickt, der darüber berichtet, dass der Beschluss des Konzepts zur autoarmen Innenstadt aufgrund einer Initiative von Gewerbetreibenden und Anrainer:innen vorerst verschoben wurde. Vertreter:innen der Initiative erhalten die Möglichkeit, im Fachausschuss ihre Position darzustellen. Da der BR an dem Beteiligungsprozess zur autoarmen Innenstadt teilgenommen hat, nimmt er den Artikel zum Anlass, um zu besprechen, wie er sich zu der aktuellen Situation verhalten und ob er aktiv werden soll.

Argumente und Kommentare aus der Diskussion:

- Der BR ist sich einig, dass der Beteiligungsprozess zur autoarmen Innenstadt gut geplant und durchgeführt worden ist. Alle interessierten Bürger:innen, Interessenvertreter:innen oder anderweitig Betroffene hatten in dem Beteiligungsprozess die Möglichkeit, sich einzubringen. Die Mitglieder des BR sind deshalb überrascht, dass nun eine Initiative den Beschluss zur autoarmen Innenstadt, der unter anderem auf den Empfehlungen aus dem Beteiligungsprozess beruht, in Frage stellen und blockieren.
- Es wird festgestellt, dass das aktuelle Konzept zur autoarmen Innenstadt ausgewogen ist und keine Maximalforderung darstellt, wie sie zum Beispiel der Verkehrsclub Deutschland (VCD) formulieren würde. Das Konzept denkt die Autos mit. Das Konzept soll den öffentlichen Raum insbesondere für bisher benachteiligten Gruppen, wie zum Beispiel Kinder, Mobilitätseingeschränkte und ganz allgemein Fußgänger:innen attraktiv machen.
- Es war abzusehen, dass es bei diesem Thema zu Konflikten kommt, da verschiedene Gruppen unterschiedlich stark betroffen sind. Vielleicht ist dieser politische Prozess notwendig, um sich mit der neuen Situation in der Charlottenstraße zu arrangieren. Es ist unklar, ob die Initiative für eine lösungsorientierte Diskussion offen ist oder ob es ihr ausschließlich darum geht, den bestehenden Zustand zu erhalten.
- Dem Artikel ist eine Veranstaltung in der Handwerkskammer am 27.02.2023 vorausgegangen. 95 Prozent der Teilnehmenden waren Angehörige von Handwerksbetrieben und deren Umfeld. Herr Rubelt hat in der Veranstaltung die aktuellen Pläne zur autoarmen Innenstadt vorgestellt. Die anschließende Diskussion ging um Einzelfragen, wie zum Beispiel die Möglichkeit für Handwerker im Holländischen Viertel zu parken, um Aufträge zu erfüllen. Die Diskussion kreiste allgemein darum, ob Radfahrer:innen in die Innenstadt fahren müssten und spiegelten den Interessenkonflikt zwischen Radfahrer:innen und Autofahrer:innen wieder. Es wird vermutet, dass ein nennenswerter Anteil der Unterschriften der Initiative im Rahmen bzw. Umfeld dieser Veranstaltung gesammelt worden ist.
- Die Lobbydiskussionen sind Teil des Prozesses zur Entscheidungsfindung. Letztendlich muss jedoch die Politik entscheiden, ob und wie das Konzept umgesetzt wird. Da es bereits im Vorfeld eine Reihe von unterschiedlichen Veranstaltungen gab, bei denen sich alle Interessierten einbringen konnten, unterläuft diese Initiative mit ihrer

Aktion das eigentliche Verfahren. In diesem Fall sollte der BR sich entsprechend positionieren.

- Es ist völlig legitim, Lobbyarbeit zu machen. Am Ende wird die Entscheidung aber durch die Politik getroffen. Dennoch ist aus der Perspektive der Offenheit des politischen Prozesses gut, dass die Initiative angehört wird. Der Beteiligungsrat hat in diesem Prozess die Möglichkeit darauf hinzuweisen, dass ein guter Beteiligungsprozess stattgefunden hat, in den sich alle einbringen konnten. Es sollte jedoch nicht im Nachhinein der Eindruck entstehen, dass der Beteiligungsprozess und seine Ergebnisse schlecht sind, nur weil sie nicht den Vorstellungen einer Gruppe entsprechen. Es wäre deshalb sinnvoll zu zeigen, dass es auf der einen Seite den Beteiligungsprozess gibt und auf der anderen Seite die legitime Lobbyarbeit, die beide ihre Berechtigung haben.
- Wo enden die Aktivitäten des Beteiligungsrats? Ist die Begleitung der Entscheidungsfindung und -umsetzung über den eigentlichen Beteiligungsprozess hinaus auch Aufgabe des BR?
 - Der Prozess bis zur politischen Entscheidung kann durchaus durch den BR begleitet werden.
 - Der BR kann dafür einstehen, dass die Umsetzung der Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen für alle nachvollziehbar ist.

Weitere Schritte des BR:

Der Beteiligungsrat schreibt eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, dass ein gut strukturierter und organisierter Beteiligungsprozess stattgefunden hat, an dem sich alle Interessierten hätten beteiligen können. Dieser Prozess hat Ergebnisse produziert, die in das Konzept zur autoarmen Innenstadt eingeflossen sind und ist inzwischen abgeschlossen. Die derzeitigen Aktivitäten der Initiative gehören zum Bereich der Lobbyarbeit im Rahmen des weiterführenden politischen Entscheidungsfindungsprozesses und sind nicht mehr Teil des Beteiligungsprozesses. Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess sollen möglichst transparent allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

Adressat einer entsprechenden Stellungnahme ist der Vorsitzende der SVV sowie der zuständige Fachausschuss.

Herr Frieß hat sich bereiterklärt einen ersten Entwurf für eine entsprechende Stellungnahme zu schreiben. Dieser Entwurf wird zur Kommentierung und Ergänzung an alle Mitglieder des Beteiligungsrats geschickt.

3 Aktuelles – Bericht aus den AGs und andere Aktivitäten

3.1 Ortsbeiräte: Bericht von Prof. Franzke und Treffen mit Frau Arasin

Anlass für den Workshop und den Bericht von Prof. Franzke ist, dass die Ortsbeiräte sich durch die SVV schlecht behandelt, d.h. nicht ernst genommen fühlen.

Zusammenfassung des Berichts von Prof. Franzke: Es gibt fünf prioritäre Punkte, die im Verhältnis von SVV und den Ortsbeiräten angesprochen wurden

- Künftiger Umgang mit den Beschlüssen der Ortsbeiräte in der SVV
 - Verschiedene Beschlussformen und deren Folgewirkung sollen eindeutig und nachvollziehbar festgelegt werden.
 - Abläufe sollen klarer kodifiziert werden

- Es sind fünf Beschlüsse zu den Rechten der Ortsbeiräte festgelegt worden, die in der Hauptsatzung der Stadt Potsdam verankert werden sollen.
- Es soll eine verbindliche und detaillierte Beschreibung des Beratungs- und Entscheidungsprozesses erstellt werden, unter Einbindung der Ausschüsse, der SVV und der Ortsbeiräte.
- Beschlüsse könnten Teil des Ortsteilsrechts werden.
- Es soll ein digitales Handbuch erarbeitet werden, das alle Verfahren, spezifische und praktische Handreichungen, Prozessbeschreibungen, Ablaufpläne, Formblätter, Textbausteine und Fristenregelungen enthält. Dadurch soll die Arbeit der Ehrenamtlichen erleichtert werden. Das Handbuch soll auch dabei helfen, die Kommunikation zwischen den Ortsbeiräten zu verbessern, die derzeit nicht einheitlich ist. Dies soll zur Verfahrenstransparenz beitragen.
- Mangelnde Kommunikation mit den Ortsbeiräten zu vorgesehenen Planungen und Baumaßnahmen in den Ortsteilen
 - Bessere Einbindung der Ortsbeiräte in die Bauleitplanung und Berücksichtigung der Stellungnahmen der Ortsbeiräte. Auch dies soll in dem digitalen Handbuch festgehalten werden.
- Weiterbildung und Qualifizierung der ehrenamtlichen Ortsbeiräte, um deren Wissensstand zu verbessern
 - Es ist ein Generationswechsel bei den Ortsbeiräten zu erwarten. Deshalb sollen Fortbildungen für und Kennenlern-Workshops zwischen den Ortsbeiräten organisiert werden, damit sie sich besser untereinander kennen und auf ihre Rolle als Ortsbeiräte vorbereitet sind.
 - Hierdurch soll das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Zusammenarbeit der Ortsbeiräte gestärkt werden.
- Änderungen bei Ortsteilbudgets
 - Es gab einige Änderung im Zusammenhang mit den Ortsteilbudgets. Hier muss noch genauer beobachtet werden, wie dies im Einzelnen umgesetzt wird.
- Strategieplanung ländlicher Raum
 - Es soll eine neue Organisation des Fachbereiches stattfinden.
 - Es soll einen festeren Ansprechpartner für die Ortsbeiräte geben.

Lösungsvorschläge von Prof. Franzke zu den prioritären Punkten:

- Für die Umsetzung der genannten prioritären Punkte braucht es eine Vielzahl von rechtlichen, verfahrenstechnischen und zeitlichen Entscheidungen.
- Es wird das digitale Handbuch empfohlen, in dem alle verbindlichen Regelungen und Verfahrensabläufe dargestellt werden.
- Es soll eine eigene Satzung für die Ortsbeiräte geben.

Weitere Empfehlungen von Prof. Franzke:

- Die Quartaltreffen mit allen Ortsbeiräten und die halbjährlichen Treffen dem Oberbürgermeister sollen fortgesetzt werden.
- Für mögliche Konflikte soll ein Schlichter oder Mediator eingesetzt werden.
- Der Zusammenhalt der Ortsbeiräte sollte erhöht werden, damit sie effizienter und geschlossener auftreten können.

- Eine spezifische Evaluation der Zufriedenheit in alle Ortsteile soll durchgeführt werden. Derzeit scheinen insbesondere die nördlichen Ortsteile mit der Kommunikation der Stadt unzufrieden sein.
- Es sollte eine allgemeine Debatte über die Zukunft der Potsdamer Stadtkultur und der Gerechtigkeit zwischen den Ortsteilen angeregt werden.
- Auch in den Stadtteilen sollten Ortsbeiräte oder ähnliches existieren.

Treffen mit Frau Arasin

- Frau Arasin ist seit November letzten Jahres im Amt und bereits sehr gut eingearbeitet und sehr aufgeschlossen und engagiert.
- Sie hat bereits die Arbeit am digitalen Handbuch begonnen. Es soll Mitte 2023 final fertig sein. Frau Arasin hat gefragt, wie der BR dabei unterstützen kann.
- Viele andere Punkte, die Prof. Franzke angesprochen hat, werden wahrscheinlich noch Jahre dauern (z. B. die Änderung der Hauptsatzung).
- Um das Kommunikationsproblem mit der SVV zu verbessern, haben Herr Oberstädt und Frau von Heyden-Hendricks vorgeschlagen, die Grundsätze der Beteiligung in der SVV vorzustellen. Dadurch soll die Kommunikationskultur im Allgemeinen verbessert werden. Frau Arasin will diesbezüglich mit der WfB in Kontakt treten.

Kommentare des BR

- Der BR kann ein wichtiger Impulsgeber sein, um die Kommunikationskultur in der Stadt und zwischen den verschiedenen Organisationseinheiten zu verbessern.
- Das Gegeneinander von Verwaltung und Ortsbeiräten muss grundsätzlich aufgebrochen werden. In den unteren Ebenen der Verwaltung ist ein großes Bemühen für die Verbesserung der aktuellen Situation spürbar.
- Das digitale Handbuch kann dabei helfen, Missverständnisse aufzuklären, wenn zum Beispiel die Potsdamer Verwaltung für einzelne Anfragen nicht zuständig ist.
- Gibt es eine Begleitung der Ortsbeiräte?
 - Diese Rolle soll durch Frau Arasin erfüllt werden.
- Das Kommunikationsproblem entsteht auch deshalb, weil die Fachverwaltung teilweise nicht mit den Ortsbeiräten kommunizieren darf, sondern nur die Beigeordneten dazu ermächtigt sind. Diese haben dafür oftmals nicht genügend Zeit und deshalb werden Antworten nicht weitergeleitet.
- Es ist sehr wichtig, eine Prozessklarheit zu schaffen. Dies kann durch das digitale Handbuch erfolgen. Es wird aber einige Zeit dauern, bis das verlorene Vertrauen wieder aufgebaut wird.
- Ansatzpunkte für die Arbeit des BR:
 - BR als neutraler Beobachter bei den Treffen der Ortsbeiräte
 - Treffen mit den Fraktion – dabei geht es eher um die allgemeine Akzeptanz der Arbeit des BR und nicht nur den Konflikt mit den Ortsbeiräten
 - Wer bleibt an der Umsetzung der Vorschläge und insbesondere der Änderung der Hauptsatzung dran? Hier kann der BR eine Rolle übernehmen.
 - Frau Arasin fragte, ob der BR Prof. Franzke noch in die Umsetzung integrieren könnte.
- Nächste Schritte:
 - Teilnahme an dem Treffen von Frau Arasin und den Ortsbeiräten am 20. Mai
 - Kontakt mit dem Ortsbeiräten wieder aufnehmen

Schlaatz 2030: Dezentrale Auslegung des B-Plans

Anmerkungen zum Schreiben von Herrn Fröhlich zur dezentralen Auslegung des B-Plans im Container im Schlaatz

- Das Schreiben wird über die Sprecher:innen verschickt.
- Das Schreiben soll an Herrn Wolfram, Frau Holtkamp und Herrn Schwarz geschickt werden.
- Inhaltlich kann die Stellungnahme so bleiben wie sie ist.

3.2 Antrag auf Rederecht im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss

Zum Antrag auf Rederecht gibt es noch keine Rückmeldung.

Update: Aus der Mail von Herrn Mazloumian vom 14.03.2023 wird deutlich, dass ein dauerhaftes Rederecht abgelehnt wurde. Ein Rederecht kann für einzelne Sitzungen beantragt und abgestimmt werden. Es ist auf 5 Minuten beschränkt und soll sich ausschließlich auf die Einhaltung von Prozessen beziehen.

3.3 AG Libeskind Mediaprojekt – Aktueller Stand

Keine Neuigkeiten. Es wird auf das dritte Werkstatt-Verfahren gewartet.

3.4 Austausch mit AG Smart City

Frau Misler lässt ausrichten, dass sie gerne an der Mai-Sitzung teilnehmen möchte. Dort wird es die Möglichkeit geben, den weiteren Austausch mit der AG Smart City zu planen.

Am 21. März findet die erste Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Smart City Strategie statt. Der nächste Baustein findet dann im April statt.

3.5 Prozessmonitor

- Rechenzentrum: Wie ist der Stand der Dinge? Hat sich das Rechenzentrum aus dem Prozess zurückgezogen?
 - Die externe WerkStadt für Beteiligung begleitet den Prozess und berät in dem Rahmen das Rechenzentrum. Es findet gerade eine Neuorientierung bezüglich der Machbarkeitsstudie statt. Die Dinge sind derzeit stark im Fluss und das Rechenzentrum ist dabei, sich neu zu positionieren.

4 Organisatorisches

4.1 Klausurtagung 2023

Die Klausurtagung für 2023 ist gewünscht. Die Mitglieder sprechen sich dafür aus, die Klausur vor den Herbstferien in der ersten Oktoberhälfte durchzuführen.

Herr Geisler erinnert daran, dass der BR vor der letzten Kommunalwahl eine größere Veranstaltung zum Thema Beteiligung durchgeführt hat. Die Klausur könnte dazu dienen, solch eine Veranstaltung vorzubereiten.

4.2 Frau Bojunga: Neuigkeiten aus dem Bereich

Ab Mitte März 2023 verstärkt Sabine Pommerening als neue Kollegin das Team der internen WerkStadt für Beteiligung. Sie wird sich vor allem um das Beschwerdemanagement und Ideen kümmern. Das beinhaltet auch die Weiterentwicklung des Beteiligungssoftware.

Ab 01. April 2023 wird Katrin Kordmann die neue Bereichsleitung sein.

Für den Bereich Partizipation sind damit alle Stellen besetzt.

4.3 Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung findet am 20. April 2023 statt.

4.4 Weitere Themen für kommende Sitzungen

- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse (evtl. Mai 2023)
- Art und Weise der Kommentierung von Stellungnahmen durch die Mitglieder des BR
- Schlaatz 2030: B-Plan und weitere Schritte; Austausch mit Herrn Schwarz und Stadtpuren und weiteren Personen, die verschiedene Perspektiven auf den Schlaatz geben können. Das Treffen könnte mit einer Begehung verbunden werden und dann mit einer Podiumsdiskussion im Bürgerhaus am Schlaatz und dem Austausch enden. (im Laufe des Jahres 2023)
- Ortsbeiräte: Treffen mit Frau Arasin und Prof. Franzke (Ende des Jahres 2023)

Anhang

a. Artikel aus der PNN

Nach Anwohnerprotesten: Beschluss für autoärmere Potsdamer Innenstadt überraschend verschoben

Eigentlich galt das Konzept für ein Zentrum mit weniger Parkplätzen als entscheidungsreif. Doch nun sehen die Stadtverordneten noch Beratungsbedarf.

Von [Henri Kramer](#)

01.03.2023, 10:29 Uhr

Der für heute geplante finale Beschluss zum Konzept für eine autoärmere Potsdamer Innenstadt wird noch einmal verschoben. Darauf hat sich der Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung am Dienstagabend verständigt. Das bestätigte der Vorsitzende des Kommunalparlaments, Pete Heuer (SPD), den PNN am Mittwoch.

Der Grund für die Verschiebung ist demnach eine neue Unterschriftenliste von Anwohnern und Gewerbetreibenden in der Charlottenstraße. Dieser Initiative wolle man nun noch einmal in einem Fachausschuss das Rederecht ermöglichen, machte Heuer deutlich. Das sei in den vergangenen Wochen nicht möglich gewesen, weil das Ratsinformationssystem der Stadtverordneten nach der zurückliegenden Cyberkrise über fast zwei Monate nicht funktioniert hatte.

Demnach wird das Konzept nun noch einmal im Umwelt- und Verkehrsausschuss beraten. Im Bauausschuss hatte es schon einen wegweisenden Beschluss dazu gegeben. Ohne wesentliche Änderungen hatte das Gremium dem neuen Planwerk für den Bereich zwischen Holländischem Viertel und Brandenburger Tor zugestimmt – vor allem mit Stimmen der rot-grün-roten Rathauskooperation.

Viele Parkplätze sollen wegfallen

Das Rathaus will in den kommenden Jahren 5,4 Millionen Euro dafür ausgeben, die Innenstadt attraktiver und autofreier zu gestalten. Ende 2022 waren bereits an der Gutenbergstraße zwischen Hebbel- und Friedrich-Ebert-Straße Parkplätze abgeschafft und ein Radschutzstreifen markiert worden. Insgesamt sollen im Zentrum 400 Parkplätze für auswärtige Besucher wegfallen, die dann in die Parkhäuser rund um den Innenstadtring ausweichen müssen.

Es sind aber weiterhin 560 Anwohner- und 240 Mischparkplätze vorgesehen. Auch Lieferverkehr soll weiter möglich sein. Allerdings hatte es zuletzt heftige Kritik von Anwohnern und Händlern in der Charlottenstraße gegeben, die unter anderem angesichts eines dort geplanten Fahrradstreifens fürchten, dass sie nicht mehr vor Ort be- und entladen können.

Auch die Fraktion Die Andere als nun größte Oppositionsfraktion im Stadthaus sieht noch Änderungsbedarf und will das Konzept verschärfen. So fordert die Fraktion, dass der Teil des Bassinplatzes, der als Markt genutzt wird, komplett für Autos gesperrt werden soll. Ferner will Die Andere auch das Holländische Viertel komplett und nicht teilweise als Fußgängerzone ausweisen lassen. Auch darüber wird in den Ausschüssen noch einmal diskutiert. Das Konzept könnte dann in der Stadtverordnetenversammlung Anfang Mai wieder auf der Tagesordnung stehen.

b. Prozessmonitor

Beteiligungsrat LHP
Sitzung: 09.03.2023
Prozessmonitor der WfB
Stand: 09.03.2023



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten



Legende

Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

1. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachenummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Bündnis für den Schlaatz“, Träger vor Ort, Einwohner:innen, Planlabor (Kollektiv Stadtsucht), Stadtkontor
3. Nach der Abschlussdialogrunde erfolgte die Juryentscheidung. Mit der Entscheidung konnte der finale Masterplan erstellt und öffentlich vorgestellt werden. Im Jahr 2023 sollen weitere Beteiligungsmöglichkeiten stattfinden. Hierzu wird das Team vom Planlabor, der Stadtkontor und andere Akteur:innen einen Container in zentraler Lage am Marktplatz nutzen. Die Eröffnung hat am 27.2.2023 durch den Oberbürgermeister und unter Teilnahme von Mitgliedern des Beteiligungsrats stattgefunden. Der nächste Schritt ist der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans in der Stadtverordnetenversammlung und weiter das formelle Beteiligungsverfahren.
4. Die WerkStadt hat berät und begleitet die Vorhabenträger:innen und Akteur:innen bei dem Prozess Schlaatz 2030.
5. ■ Status: läuft

2. Netzwerk Waldstadt

1. Auf Beschluss der Stadtverordneten (DS 20/SVV/0256) und auf Initiative von Aktiven vor Ort ist für Waldstadt (1, 2 und 3) im Zuge eines Beteiligungsprozesses vor Ort ein Konzept für die Einrichtung einer hauptamtlichen und aus Zuwendungen der LHP finanzierten Koordination zur Unterstützung von bürgerschaftlichem-ehrenamtlichem Engagement und Gemeinwesenarbeit entwickelt worden.
2. Beteiligt sind eine Vielzahl von Trägern vor Ort, die im Netzwerk für EINE Waldstadt organisiert sind sowie der Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration – hier insbesondere die Koordinierungsstelle der Nachbarschafts- und

- Begegnungshäuser. Als Ergebnis des Prozesses gründet sich aus dem Netzwerk heraus zudem die Trägergemeinschaft „Stadtteilkoordination für EINE Waldstadt“.
3. Der Erarbeitungs- und der Gründungsprozess der Trägergemeinschaft konnte im Oktober 2021 abgeschlossen werden. Auf dieser Basis wurde durch die Trägergemeinschaft an die Verwaltung ein Zuwendungsantrag gestellt, der positiv beschieden wurde, sodass die Stadtteilkoordination zum Jahresanfang 2022 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Das Jahr 2022 kann als Start – und Aufbauphase der Stadtteilkoordination in Waldstadt betrachtet werden.
 4. Die WerkStadt moderierte und gestaltete den Prozess und berät nach Bedarf auch weiterhin die Akteur:innen. Die Akteur:innen werden bei den Gesprächen mit der LHP begleitet und bei der Einrichtung der Trägergemeinschaft sowie im Laufe der Aufbauphase der Stadtteilkoordination beraten.
 5. ■ Status: läuft

3. Strategiegruppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist in Phase 2 ein „Design Thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut - School of Design Thinking betreut wurde. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagennummer: 20/SVV/1386. Gegenwärtig wird Phase drei des Prozesses vorbereitet, wobei hierzu von Seiten des Büros des Oberbürgermeisters eine Machbarkeitsstudie für mögliche Architekturen vor Ort auf Basis der bisherigen Prozessergebnisse in Planung ist. Gleichzeitig soll durch ein Rechtsgutachten geklärt werden, welche möglichen Szenarien sich hinsichtlich des Grundstücks der Kirche ergeben könnten, sollte zum Beispiel der Kirchturm nicht fertiggestellt werden können und anderes. Das Gutachten wurde im August vorgelegt (DS 22/SVV/0722) und hieraus ergibt sich die Lage, dass zur weiteren Verfolgung des beschriebenen Prozesses (Stichwort „Haus der Demokratie“) die Stiftung ihre Satzung dahingehend ändern müsste, dass sie auf die zukünftig angestrebte Errichtung des Schiffes der Garnisonkirche verzichtet. Andernfalls wäre die Verfügbarkeit des betreffenden Grundstückes für die Zwecke der LHP nicht herstellbar. Dies beträfe auch jene Fläche, auf der Anteilig das Rechenzentrum steht (ca. 18% des Grundstückes im Eigentum der Garnisonkirche). Hierzu möchte der OBM in der Sitzung des Kuratoriums der Stiftung (November 2022) eine Klärung anstoßen. Der weitere Verlauf des Prozesses hängt stark von ebenjener Klärung ab. Da die Sitzung des Kuratoriums noch keine abschließenden Ergebnisse erbracht hat, ist eine dort angesetzte Klausur abzuwarten.
2. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche, die Nutzer:innen des Rechenzentrums.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihrer Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem

zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine Beratung und Begleitung der Strategiegruppe gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt. Zum aktuellen Zeitpunkt befinden sich die Nutzer:innen des Rechenzentrums in einer Phase der Neuorientierung bzgl. des Vorschlags einer Machbarkeitsstudie.

4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden.
5. ■ Status: läuft

4. WerkStadt-Bericht

1. Die WerkStadt für Beteiligung hat sich zur Aufgabe gemacht einen Bericht der zurückliegenden Jahre zu erstellen. Der Bericht hat das Ziel, Nichtfachpublikum Einblicke in die Arbeit der Einrichtung zu geben. Angestrebt wird die Publikation zum Ende des Jahres 2022.
2. Mitarbeiter:innen der internen und externen WerkStadt für Beteiligung
3. Die inhaltliche Struktur des Berichts ist abgestimmt und liegt vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden die finalen Texte erarbeitet.
4. Die WerkStadt ist in federführender Rolle für die Erstellung des Berichtsinhalts zuständig.
5. ■ Status: läuft

5. Kulturpolitische Strategie

1. Die LHP gibt sich seit vielen Jahren Kulturpolitische Leitlinien, um die Gestaltung der Förderpolitiken im Bereich Kultur konzeptionell zu verankern. Dazu gehört ein Prozess, in dem die Leitlinien regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. In dem nun angestoßenen Prozess geht es um die Neuausrichtung der kulturpolitischen Strategie inklusive der Entwicklung von korrespondierenden Leitlinien.
2. Fachbereich 24, Kultur und Museum (Projektkoordination und Begleitung des Forschungsprozesses), die Fachhochschule Potsdam Kulturarbeit (wissenschaftliche Projektleitung)
3. Der Prozess befindet sich in der Beteiligungsphase. Im Rahmen von AGs und Themenworkshops wird insbesondere kulturpolitischen Akteur:innen ermöglicht, an der kulturpolitischen Strategie mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligungsphase fanden u.a. Fokusgruppengespräche, ein Runder Tisch, eine Online-Befragung von Jugendlichen und Befragungen von Kulturaktiven via Mail statt. Die Strategiegruppe begleitet den Gesamtprozess und gibt Rückmeldung zu anstehenden Planungsschritten. Zum Abschluss dieser Beteiligungsphase fand eine (online) Plenumsveranstaltung statt. Diese richtete sich an die Kulturakteur:innen Potsdams. Die Ergebnisse des Plenums werden durch das Projektteam und die Mitwirkung der Strategiegruppe im weiteren Prozess fachlich analysiert und in die Kulturpolitischen Strategien und Maßnahmen übertragen. Die Strategiegruppe trifft sich wieder am 21.02.2023 um 14 Uhr.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich 24 und den Kooperationspartner der FHP insbesondere bei der Planung und Durchführung in beteiligungsrelevanten

Kontexten im Gesamtprozess (Bsp. Leistungsbeschreibung für Planung und Steuerung Gesamtprozess; Moderation etc.) Zudem nimmt die WfB an regelmäßigen Treffen der eingerichteten Strategieguppe beratend teil.

5. ■ Status: läuft

6. Wohnungspolitisches Konzept

1. Das Wohnungspolitische Konzept soll fortgeschrieben werden. Bei der Erarbeitung der Inhalte sollen organisierte Gruppen und Einwohner:innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Neben verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sollen in mehreren Dialogforen die Ergebnisse und Ideen diskutiert werden, damit sie Eingang in die Konzeptarbeit finden. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurde ein externer Dienstleister verpflichtet.
2. Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration, Stadtentwicklung
3. Gegenwärtig wird die genaue Abstimmung und Prozessplanung mit dem Auftragnehmer und dem beteiligten Fachbereich zur Durchführung der Beteiligung vorgenommen.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Planung und Umsetzung der Beteiligung.
5. ■ Status: läuft

7. Stadtteilnetzwerk Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West leistet seit Jahren wertvolle Nachbarschaftsarbeit. Die Planungen zur Sanierung des „Lottenhofs“ stellen das Netzwerk vor neue Herausforderungen und Aufgaben im Hinblick auf Beteiligung. Das Stadtteilnetzwerk erörtert die relevanten Fragen die sich inhaltlich, organisatorisch und strukturell daraus ergeben.
2. Vorstandsmitglieder, Hauptamtliche und Ehrenamtler:innen im Stadtteilnetzwerk Potsdam West
3. Mit Begleitung der WerkStadt für Beteiligung wurde eine Klausur durchgeführt in der die aktuellen Fragen und Herausforderungen identifiziert wurden. Weitere Beratungstreffen sind geplant.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk in ihrem Strukturierungsprozess.
5. ■ Status: läuft

8. Scholle 51

1. Die Scholle 51 ist ein Kunst- und Atelierhaus in der Geschwister-Scholl-Straße 51 in Potsdam-West. Nach einem langjährigen politischen Prozess konnten der Scholle51 Hausverein das Gebäude erwerben und dessen Bestand über eine Änderung des vor Ort geltenden Bebauungsplans abgesichert werden. Nun muss der Hausverein in Eigenverantwortung und aus eigenen Mitteln eine umfangliche Sanierung des Gebäudes durchführen, um es als Raum für Kunst- und Kultur im Stadtteil langfristig nutzbar zu machen und alle diesbezüglichen bautechnischen Auflagen zu erfüllen. Dies stellt den Verein und dessen Unterstützer:innen vor große Herausforderungen und macht intensive Prozesse der Selbstorganisation notwendig.
2. Hausverein Scholle51 und Unterstützer:innen
3. Jüngst konnten alle Nutzungen im Haus in Ausweichquartiere umziehen, um Baufreiheit für die nun anstehenden Sanierungsarbeiten herzustellen. Die Arbeiten sollen innerhalb weniger Monate durchgeführt werden.
4. Die WerkStadt begleitet und berät den Hausverein und seine Mitglieder sowie deren Unterstützer:innen in regelmäßigen Supervisionsformaten und unterstützt dadurch deren Prozesse der Selbstorganisation.
5. Status: ■ läuft